

Niederschrift über die Sitzung
am 21.12.2005

Tagungsort: Altes Rathaus, Erdgeschoss, Nowgorod Raum

Beginn: 09:00 Uhr

Ende: 12:00 Uhr

Anwesend:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Baum

Herr Döblin

Herr Heuer

Herr Kläs

Frau Röder

Herr Seidenberg

Herr Strothmann

Vorsitzender

Vertreter Anbieterorganisationen

Herr Imorde

Mitglieder der Fraktionen mit beratender Funktion

Herr Donath (SPD)

Frau Bauer (Bündnis 90 / Die Grünen)

Frau Köttnitz (BfB)

Herr Rudolf (BfB)

Gewählte stellvertretende Mitglieder

Frau Dröge

Herr Quennet

Frau Schaphaus

Frau Schrader

Herr Urbigkeit

Von der Verwaltung

Herr Voßhans

Frau Wemhöner

Herr Markus

Frau Melchior

Herr Feix

Frau Heghmans

Herr Ohlendorf

Herr Lewald

Amt für Planung und Finanzen JSW

Amt für Planung und Finanzen JSW

Amt für Planung und Finanzen JSW

Immobilienervicebetrieb

Amt für Schule und städt. Kinder-

und Jugendhilfeeinrichtungen

Schwerbehindertenvertretung

Zentraler Dienst JSW

Amt für Planung und Finanzen JSW

(Schriftführer)

Gast
Herr Leidenroth

Hospizinitiative Gütersloh

Entschuldigt fehlen
Frau Friedrichs-Carpentier
Frau Brandi
Herr Reeske
Herr Winkelmann

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Vorsitzender Baum die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung fest. Änderungen zur Tagesordnung werden nicht vorgeschlagen.

Zu Punkt 1 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

* Beirat für Behindertenfragen - 21.12.2005 - öffentlich - TOP 1 - *

Zu Punkt 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Beirates für Behindertenfragen vom 30.11.2005

Herr Strothmann merkt an, dass die Anlagen zur Niederschrift nicht vollständig gewesen seien. Es hätten bei der Anlage 1 (Schreiben des Beigeordneten Moss und Informationsvorlage im UStA, Drucksachen-Nr. 1069) die Seiten 2 und 3 gefehlt. Wie von anderen Anwesenden mitgeteilt wird, hätten diese Seiten auch bei den ihnen zugesandten Unterlagen gefehlt. Es wurde vereinbart, dass die fehlenden Seiten mit der nächsten Einladung noch nachgesandt werden (s. **Anlage 1**).

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 30.11.2005 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

* Beirat für Behindertenfragen - 21.12.2005 - öffentlich - TOP 2 –

Zu Punkt 3 Mitteilungen

Zu Punkt 3.1 Neue Landesbehindertenbeauftragte

Herr Ohlendorf teilt mit, dass Frau Gemkow neue Landesbehindertenbeauftragte für NRW sei und verweist auf die hierzu mitgesandte Anlage.

* Beirat für Behindertenfragen - 21.12.2005 - öffentlich - TOP 3.1 - *

Zu Punkt 3.2 (neu) Broschüren/Faltblätter der Stadt Bielefeld

Vorsitzender Baum verweist auf die als Tischvorlage verteilte Übersicht zu Broschüren/Faltblättern der Stadt Bielefeld.

* Beirat für Behindertenfragen - 21.12.2005 - öffentlich - TOP 3.2 neu - *

Zu Punkt 4 Anfragen

Herr Strothmann fragt nach, ob inzwischen eine Antwort der Bahn zum Gutachten Hauptbahnhof Bielefeld vorliege (vgl. TOP 3.6 der Sitzung am 30.11.2005). Wie Vorsitzender Baum mitteilt, liegt eine Antwort noch nicht vor und er bittet die Verwaltung, sich mit Herrn Steigemann vom Bauamt in Verbindung zu setzen.

Frau Röder greift die in der letzten Sitzung erfolgte Berichterstattung zu Reihenuntersuchungen nach § 15 GTK NRW auf (vgl. TOP 7 der Sitzung vom 30.11.2005) und fragt nach, wann mit einem Bericht über die Auswertungen und Ergebnisse der Reihenuntersuchungen zu rechnen sei. Vorsitzender Baum teilt mit, dass dies für eine der nächsten Sitzungen vorgesehen sei.

* Beirat für Behindertenfragen - 21.12.2005 - öffentlich - TOP 4 - *

Zu Punkt 5 Berichte aus Gremien (Ratsausschüsse, sonstige Gremien und Arbeitsgruppen der Teilhilfesysteme)

Frau Schrader und Herr Heuer berichten aus der Sitzung des SGA am 14.12.05, in der mehrheitlich der Beschluss gefasst worden sei, die Bielefelder Landtagsabgeordneten aufzufordern, sich gegen die geplanten Kürzungen im Bereich der Kinder- und Jugendförderung einzusetzen. Ihres Erachtens sollte sich der Beirat ebenfalls in dieser Hinsicht an die Bielefelder Landtagsabgeordneten wenden.

Herr Urbigkeit greift in diesem Zusammenhang das Thema „Weihnachtsbeihilfe für Heimbewohner“ auf und schlägt vor, dass der Beirat sich auch wegen der Streichung dieser Leistung mit einer Resolution an die Politik wenden solle.

Nach Auffassung des Vorsitzenden Baum sollten beide Vorschläge in einem gesonderten Tagesordnungspunkt behandelt werden. Er schlägt vor, diese Punkte im Wege der Dringlichkeit unter TOP 11 neu und TOP 12 neu zu beraten. Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Anschließend berichten Frau Röder, Frau Dröge, Frau Schrader, Frau Schaphaus, Herr Kläs und Vorsitzender Baum aus den einzelnen Gremien.

Herr Döblin und Frau Köttnitz fragen nach, weshalb die gesamtstädtische Prioritätenliste des Amtes für Verkehr nicht auch im Beirat für Behindertenfragen zur Beratung gekommen sei, während die entsprechende Vorlage sowohl in den Bezirksvertretungen als auch im Seniorenrat behandelt worden sei. Wie Vorsitzender Baum darlegt, würden auch ohne Beschlussfassung des Beirats die Bushaltestellen niederflurgerecht umgebaut werden, aber er werde sich in dieser Angelegenheit noch einmal mit Herrn Fabian vom Amt für Verkehr in Verbindung setzen und dann hierzu berichten.

* Beirat für Behindertenfragen - 21.12.2005 - öffentlich - TOP 5 - *

-.-.-

Zu Punkt 6 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

* Beirat für Behindertenfragen - 21.12.2005 - öffentlich - TOP 6 - *

-.-.-

Vorsitzender Baum unterbricht die Sitzung um 9:30 Uhr für eine Pause. Die Sitzung wird um 9:45 Uhr fortgesetzt.

Zu Punkt 7 Tagesbetreuung von Kindern hier: Kinder unter 3 Jahren Bielefelder Ausbau- und Finanzierungskonzept

Herr Voßhans stellt die wesentlichen Eckpunkte der Informationsvorlage vor und betont, dass in dem vorliegenden Konzept auch Angebote für Kinder mit Behinderungen vorgesehen seien und weist in diesem Zusammenhang auf das Montessori-Kinderhaus hin. Auf Nachfragen von Frau Schrader und Frau Röder erläutert Herr Voßhans, dass sich der städtische Haushalt noch im Stadium der Beratung befände und von daher noch keine Entscheidung über den Antrag des Montessori-Kinderhauses getroffen worden sei. Es werde beim Land NRW um eine Mitfinanzierung geworben. Sofern sich das Land an der Finanzierung beteilige, sehe er gute Chancen für die Einrichtung einer entsprechenden Gruppe. Auch in anderen Bereichen würde die Stadt Bielefeld mögliche Landesmittel über den LWL beantragen. Inwieweit sich Auswirkungen durch die angekündigten Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich ergeben würden, könne derzeit noch nicht beurteilt werden, da es hierzu noch keine konkreten Angaben von Seiten der Landesregierung gebe. Erst wenn die Beschlüsse der Landesregierung feststehen würden, könnten abschließend Rückschlüsse auf die Situation in Bielefeld gezogen werden.

Vorsitzender Baum bedankt sich bei Herrn Voßhans für seine Ausführungen. Die Informationsvorlage wird vom Beirat zur Kenntnis genommen.

* Beirat für Behindertenfragen - 21.12.2005 - öffentlich - TOP 7 - Drucksache 1752 *

-.-.-

Zu Punkt 8 Haushaltsplan 2006 für das Dezernat 5

Frau Wemhöner gibt einen Überblick über den Entwurf des Gesamthaushaltes 2006. Sie teilt mit, dass in den Ausgaben des Verwaltungshaushaltes Altfehlbeträge aus den Jahren 2001 – 2005 in Höhe von 254,4 Mio. € enthalten seien. Ließe man diese Altfehlbeträge unberücksichtigt, dann ergäbe sich für 2006 ein Ausgabevolumen von rd. 818,5 Mio. €. Der aktuelle Fehlbetrag im Haushalt 2006 belaufe sich somit auf rd. 59,2 Mio. €. Erstmalig seit 2002 könne jedoch im Rahmen der Finanzplanung im 4. auf das Haushaltsjahr folgende Jahr (= 2010) wieder ein ausgeglichener Haushalt ausgewiesen werden. Wenn dieser Stand über die Etatberatungen hinaus gehalten werden könnte, sei zu erwarten, dass die Bezirksregierung Detmold den Bielefelder Haushalt mit dem Haushaltssicherungskonzept erstmalig seit 2002 wieder genehmige. Damit würden zumindest die engen Regeln des sog. Nothaushaltsrechts entfallen, denen die Stadt in den Jahren 2003 – 2005 unterlag. Frau Wemhöner weist allerdings noch darauf hin, dass die Fehlbeträge bis 2010 auf rund 380 Mio. € anwachsen und ab 2011 abzubauen seien.

Nachfolgend geht Frau Wemhöner auf die Haushaltsstellen ein, die eine besondere Relevanz für den Beirat haben. Wie Frau Wemhöner darlegt, seien die Mittelansätze im Vergleich zu 2005 bis auf eine Haushaltsposition unverändert geblieben. Bei dieser Haushaltsstelle handele es sich um die „Geschäftsführung Behindertenkoordination“. Hier sei der Mittelansatz mit 4.000,00 € aufgrund des Rechnungsergebnisses dem tatsächlichen Bedarf angepasst worden. Die Anpassung des Ansatzes sei mit dem Behindertenhilfekordinator abgestimmt.

Eine Nachfrage von Frau Röder zum nicht mehr vorhandenen Mittelansatz „Kurzzeitpflege“ wird von Herrn Ohlendorf beantwortet. Auf Vorschlag von Herrn Döblin sollen der Niederschrift die Eckdaten der Finanzplanung bis 2010 als Anlage beigefügt werden (s. **Anlage 2**). Anschließend fasst der Beirat folgenden Beschluss:

Beschluss:

Dem Gesamtbudget des Dezernates 5 und den Haushaltsansätzen lt. Verwaltungsentwurf 2006 im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt, dem Investitionsprogramm im Rahmen der Finanzplanung 2005-2009 und dem Stellenplanentwurf 2006 wird zugestimmt, soweit im Einzelfall keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst werden.

- bei 5 Enthaltungen einstimmig beschlossen -

* Beirat für Behindertenfragen - 21.12.2005 - öffentlich - TOP 8 - Drucksache 2009/1761 *

-.-.-

Zu Punkt 9 Informationen zum Schulbausanierungsprogramm

Frau Melchior berichtet über die baulichen Maßnahmen, mit denen in 2006 Schulen weiter saniert werden. Aufgrund der finanziellen Engpässe und baulicher Gegebenheiten, wie z.B. mehrgeschossiger Schulgebäude, könnten nicht alle Schulen behindertengerecht umgebaut werden. Bei Neubauten sei dies anders, da in diesen Fällen die Schulbauten von Anfang an behindertengerecht geplant würden.

Fragen von Frau Röder, Frau Kötnitz, Herrn Kläs, Herrn Imorde und Herrn Urbigkeit werden von Frau Melchior und Herrn Feix beantwortet. Die Sanierung erfolge aufgrund der finanziellen Rahmenbedingungen nur noch so, dass die Gebäude erhalten, technische DIN-Normen umgesetzt, Brandschutzmaßnahmen gewährleistet und die Vorgaben des Gemeindeunfallversicherungsverbandes erfüllt würden. Die Verwaltung würde gerne vieles darüber hinaus in Angriff nehmen, jedoch fehlten hierzu die Finanzmittel. Nach Angaben von Frau Melchior würde z.B. der Einbau eines Aufzuges zwischen 30.000 und 40.000 € kosten. Bei den Offenen Ganztagschulen würden viele behindertengerechte Maßnahmen innerhalb der bestehenden Gebäude realisiert, allerdings gebe es hier auch Erweiterungs- oder Neubauten.

Herr Seidenberg gibt zu Bedenken, dass es sehr unterschiedliche Arten von Behinderungen gebe. Insofern erscheine es ihm sinnvoll, wenn die Verwaltung einen Kriterienkatalog erstellen würde, aus dem hervorgehe, was unter behindertengerechtem Bauen zu verstehen sei und welche Prioritäten in diesem Zusammenhang gesetzt würden. Da es, wie Frau Melchior darlegt, einen derartigen Kriterienkatalog noch nicht gibt, schlägt der Beirat vor, einen solchen Katalog zu erarbeiten. Frau Melchior regt an, diesen im bereits bestehenden Arbeitskreis zu erstellen. Die Anwesenden stimmen diesem Vorschlag zu.

Vorsitzender Baum fragt nach, ob eine Liste über die behindertengerechten Schulen erstellt werden könne. Herr Imorde wünscht zudem eine Liste der Schulen, die noch behindertengerecht umgebaut werden sollen. Frau Melchior sagt zu, diese Listen zu erstellen.

Frau Röder würde es begrüßen, wenn die Verwaltung bei anstehenden Baumaßnahmen auch den Beirat für Behindertenfragen beteiligen würde, da Baumaßnahmen häufig behindertenrelevant seien. Der Beirat fasst anschließend folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen bittet die Verwaltung, dem Beirat für Behindertenfragen künftig alle Planungen zu Baumaßnahmen vorzulegen.

- einstimmig beschlossen –

* Beirat für Behindertenfragen - 21.12.2005 - öffentlich - TOP 9 - *

-.-.-

Vorsitzender Baum unterbricht die Sitzung um 10:55 Uhr für eine Pause. Die Sitzung wird um 11:05 Uhr fortgesetzt.

Zu Punkt 10 Referat zur Patientenverfügung

Vorsitzender Baum begrüßt Herrn Leidenroth. Herr Leidenroth stellt sich und seine ehrenamtliche Arbeit in der Hospizinitiative Gütersloh vor.

Wie Herr Leidenroth ausführt, hat jeder Mensch grundsätzlich ein Selbstbestimmungsrecht und damit auch die Möglichkeit, sich am Lebensende vor Fremdbestimmung zu schützen. Jeder ärztliche Eingriff bedarf der Einwilligung des Patienten, z.B. bei künstlicher Ernährung oder maschineller Beatmung. Sofern der Patient noch willensfähig sei, habe er das Recht, einen derartigen Eingriff abzulehnen. In diesen Fällen würden dann nur noch so genannte Basisversorgungsmaßnahmen einsetzen.

In den Fällen, in denen der Patient nicht mehr willensfähig sei, könne eine zuvor erstellte Patientenverfügung den Willen des Patienten zum Ausdruck bringen. Die Patientenverfügung könne eigene Wertvorstellungen enthalten. Wie Herr Leidenroth betont, sollten bei bestehenden Krankheiten in der Patientenverfügung konkrete Angaben zum Umgang mit den Krankheiten gemacht werden. Bei der Erstellung der Patientenverfügung sei eine Beratung sehr zu empfehlen, zumal es nach Angaben von Herrn Leidenroth große Vorteile habe, wenn neben der Patientenverfügung auch eine Vorsorgevollmacht und Betreuungsvollmacht abgegeben werde. Bei der Vorsorgevollmacht sei es dann wichtig, einzelne ärztliche Maßnahmen zu nennen, zu denen die oder der Bevollmächtigte eine Entscheidung treffen dürfe.

Zusammenfassend betont Herr Leidenroth, dass man mit einer Patientenverfügung nichts verkehrt machen könne. Sie werde in vielen Fällen gar nicht zur Anwendung kommen. Sofern jedoch von einer Patientenverfügung Gebrauch gemacht werden würde, erleichtere sie den Angehörigen und den behandelnden Ärzten die Entscheidung.

Fragen von Frau Köttnitz, Frau Schaphaus, Frau Röder, Herrn Kläs und Herrn Rudolf beantwortet Herr Leidenroth. Wie er darlegt, sei es durchaus möglich, dass eine bereits eingeleitete ärztliche Maßnahme (z.B. künstliche Ernährung) zu einem späteren Zeitpunkt wieder abgesetzt werde, wenn z.B. ein Betreuer der künstlichen Ernährung nur vorübergehend zugestimmt habe, um in einem zuvor bemessenen Zeitraum abzuwarten, inwieweit sich eine Veränderung des Zustandes einstelle. Eine Patientenverfügung müsse nach Angaben von Herrn Leidenroth nicht beglaubigt oder beurkundet werden, es reiche eine unterschriebene Patientenverfügung aus. Sofern eine Betreuung existiere, müsse bei lebensbedrohlichen Eingriffen letzten Endes die Entscheidung des Vormundschaftsgerichtes eingeholt werden. Wie Herr Leidenroth im Weiteren ausführt, würden sich häufig Eheleute gegenseitig bevollmächtigen. Wichtig sei es, eine Person des Vertrauens einzusetzen, da mit den getroffenen Bestimmungen weit reichende Folgen verbunden seien.

Vorsitzender Baum bedankt sich bei Herrn Leidenroth für seinen Bericht.

* Beirat für Behindertenfragen - 21.12.2005 - öffentlich - TOP 10 - *

**Zu Punkt 11
(neu)**

Resolution zur Streichung der Weihnachtsbeihilfe

Vorsitzender Baum verweist auf den Dringlichkeitsbeschluss unter TOP 5 (s.o). Herr Ohlendorf verliest den Entwurf einer Resolution (s. **Anlage 3**). Nach Auffassung der Anwesenden sollte die Resolution an den LWL, den SGA und an die Landesbehindertenbeauftragte weiter geleitet werden. Vorsitzender Baum stellt den Wortlaut der Resolution zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Beirat stimmt der Resolution im vorliegenden Wortlaut zu.

- einstimmig beschlossen -

* Beirat für Behindertenfragen - 21.12.2005 - öffentlich - TOP 11 neu - *

**Zu Punkt 12
(neu)**

Resolution zu geplanten Einsparungen im Kinder- und Jugendbereich

Vorsitzender Baum verweist auf den Dringlichkeitsbeschluss unter TOP 5 (s.o). Herr Ohlendorf verliest den Entwurf einer Resolution (s. **Anlage 4**). Nach Auffassung der Anwesenden sollte die Resolution an das zuständige Landesministerium, die Bielefelder Landtagsabgeordneten und an die Landesbehindertenbeauftragte weiter geleitet werden. Vorsitzender Baum stellt den Wortlaut der Resolution zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Beirat stimmt der Resolution im vorliegenden Wortlaut zu

- einstimmig beschlossen -

* Beirat für Behindertenfragen - 21.12.2005 - öffentlich - TOP 12 (neu) - *

Zu Punkt 13

Bildung von Arbeitsgruppen zur Vorbereitung der Workshops 2006

a) Barrierefreies Bauen

b) Menschen mit Behinderungen und Migrationshintergrund

c) Übergang Schule/Beruf

Vorsitzender Baum bittet um Interessenten für die Arbeitsgruppen. Aufgrund der nachfolgenden Meldungen setzen sich die Arbeitsgruppen wie folgt zusammen:

Barrierefreies Bauen (geplant für Herbst 2006): Herr Strothmann, Herr Urbigkeit, Herr Rudolf, Herr Heuer (lt. Herrn Strothmann könnte auch Herr Dr. Gerull Interesse haben).

Menschen mit Behinderungen und Migrationshintergrund (geplant für Sommer 2006): Frau Röder, Frau Dröge, Herr Kläs, Herr Rudolf.

Übergang Schule/Beruf (geplant für Frühjahr 2006): Frau Röder, Herr Heuer, Herr Kläs.

* Beirat für Behindertenfragen - 21.12.2005 - öffentlich - TOP 13 neu -

-.-.-

Zu Punkt 14
(neu) **Jahresplanung 2006**

Vorsitzender Baum bittet um Vorschläge für Themen, die in 2006 im Beirat behandelt werden sollen. Es werden folgende Themen benannt:

- Zielvereinbarung im Rahmen des Behindertengleichstellungsgesetzes,
- Sonderschulische Pädagogik,
- Leistungsverträge,
- Hochzonung: hier weitere Perspektiven.

* Beirat für Behindertenfragen - 21.12.2005 - öffentlich - TOP 14 neu - *

-.-.-

Zu Punkt 15
(neu) **Berichte und Mitteilungen an die Presse**

Frau Bauer schlägt vor, den Beschluss zur Streichung der Weihnachtsbeihilfe in der Presse zu veröffentlichen. Dem wird zugestimmt.

* Beirat für Behindertenfragen - 21.12.2005 - öffentlich - TOP 15 neu - *

-.-.-

Zu Punkt 16
(neu) **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen**
- Bericht der Verwaltung zum Sachstand -

Herr Lewald informiert darüber, dass der Beschluss vom 30.06.2004 zur barrierefreien Gestaltung von Gehwegabsenkungen nochmals an die Bauverwaltung übersandt worden sei. Auf Vorschlag von Herrn Strothmann soll als Anlage zur Niederschrift noch einmal der komplette Beschlusstext vom 30.06.2004 an die Beiratsmitglieder versandt werden (s. **Anlage 5**).

Herr Lewald bezieht sich im Weiteren auf die in der letzten Sitzung von Herrn Döblin kritisierten Terminüberschneidungen von Sitzungen des Beirates mit Sitzungen des Seniorenrates und schlägt vor, die Sitzungen des Beirates am 21.06., 20.09., 15.11. sowie 13.12.06 vom Vormittag auf den Nachmittag zu verschieben, um so die Terminüberschneidungen zu vermeiden. Diesem Vorschlag stimmen die Anwesenden zu. Die Termine des Beirats für 2006 werden als Anlage zur Niederschrift versandt (s. **Anlage 6**)

* Beirat für Behindertenfragen - 21.12.2005 - öffentlich - TOP 16 neu - *

-.-.-

Vorsitzender Baum schließt die Sitzung um 12:00 Uhr.

Bielefeld, 21.12.2005

Wolfgang Baum,
Vorsitzender

Lewald,
Schriftführer